

FRAKTION BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
IN DER REGIONSVERSAMMLUNG HANNOVER

Herrn
Regionspräsident
Hauke Jagau

An den
Vorsitzenden der Regionsversammlung
Walter Richter

übrige Fraktionen z.K.

im Hause

Hannover, 12.06.2019

Änderungsantrag gem. § 8 (3) der Geschäftsordnung

In die Sitzung des Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz am 13.06.2019

In die Sitzung des Ausschusses für Regionalplanung, Naherholung, Metropolregion und
Europaangelegenheiten am 20.06.2019

In die Sitzung des Regionsausschusses am 25.06.2019

In die Sitzung der Regionsversammlung am 02.07.2019

**Änderungsantrag zum Antrag „Klimanotstand ausrufen!“ 2322 (IV) der Gruppe REGION vom
21.05.2019**

Der Antragstext wird ersetzt:

1. Die Region Hannover unterstützt die Resolution zur Ausrufung des Climate Emergency («Klimanotstand» [1]), wie sie in der Begründung/im Sachverhalt niedergelegt ist.
2. Bei der Fortschreibung des Klimaschutzkonzeptes für die Verwaltung der Region Hannover (BDs 2297 IV vom 23.05.2019) werden die Forderungen der Resolution konkretisiert und verbindlich festgelegt. Dies bedeutet, dass die Auswirkungen auf das Klima sowie die ökologische, soziale und ökonomische Nachhaltigkeit bei jeglichen davon betroffenen Entscheidungen berücksichtigt wird. Jene Entscheidungen werden prioritär behandelt, welche den Klimawandel oder dessen Folgen abschwächen.
3. Der Bericht zum Treibhausgasreduktionspfad der Region Hannover erscheint alle ein bis maximal zwei Jahre. Er beinhaltet den Statusbericht zum Klimaschutzkonzept der Regionsverwaltung. Diese Auswertung der laufenden Maßnahmen der Region Hannover findet ebenfalls unter Berücksichtigung des Climate Emergency statt. Dies bedeutet z.B. die Reduktion von Treibhausgas-Emissionen durch getroffene Maßnahmen darzustellen.
4. Dieser Änderungsantrag und sein Ursprungsantrag (Ant 2322 (IV)) betreffen alle Fachausschüsse der Region und sind deswegen in diesen zu behandeln.

Begründung:

Zu 1.:

Resolution zur Ausrufung des Climate Emergency («Klimanotstand») ^[1]

Der Mensch hat bereits einen Klimawandel mit irreversiblen Folgen verursacht, welche weltweit zu spüren sind. Die globalen Temperaturen sind gegenüber dem vorindustriellen Zeitalter um 1 Grad Celsius gestiegen, weil die CO₂-Konzentration in der Atmosphäre von 280 ppm auf über 400 ppm angestiegen ist. Um eine unkontrollierbare globale Erwärmung mit nicht absehbaren Folgen zu verhindern, ist es unerlässlich, die Treibhausgasemissionen schnellstmöglich massiv zu reduzieren.

Bereits 1,5 °C Erderwärmung führen unter anderem dazu, dass der steigende Meeresspiegel riesige Küstengebiete unbewohnbar macht. Die Weltbank schätzt, dass in den kommenden 30 Jahren die Zahl der Klimaflüchtlinge auf über 140 Millionen Menschen ansteigen wird.

Auch in Niedersachsen wird der Klimawandel zu spüren sein, so werden zum Beispiel Landwirtschaft und Stadtklima von den Folgen direkt betroffen sein.

Der Klimawandel ist also nicht bloß ein Klimaproblem: Er ist ein Wirtschafts-, Sicherheits-, Tierschutz- und Friedensproblem.

Es kann und soll nicht erwartet werden, dass die Lösung dieses Problems alleine durch Eigenverantwortung und von Einzelpersonen erreicht wird. Es braucht jetzt auf kommunaler, regionaler, nationaler und internationaler Ebene griffige Maßnahmen, um dieser drohenden Katastrophe entgegenzuwirken. Die aktuellen Pläne und Maßnahmen reichen nicht aus, um die Erwärmung bis 2050 auf die angestrebten 1,5°C zu begrenzen. Deshalb ist es jetzt wichtiger denn je schnell zu handeln!

Die Region Hannover erklärt den Climate Emergency und erkennt damit die Eindämmung des Klimawandels und seiner schwerwiegenden Folgen als Aufgabe von höchster Priorität an:

- Die Region Hannover wird die Auswirkungen auf das Klima sowie die ökologische, gesellschaftliche und ökonomische Nachhaltigkeit bei jeglichen davon betroffenen Entscheidungen berücksichtigen und wenn immer möglich jene Entscheidungen prioritär behandeln, welche den Klimawandel oder dessen Folgen abschwächen.
- Die Region Hannover orientiert sich für zukünftige Maßnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels an den Berichten des Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC), insbesondere im Bezug auf Investitionen zur Reduktion von Treibhausgas-Emissionen.
- Die Region Hannover fordert von der Bundesregierung die Einführung eines Klimaschutzgesetzes, dessen Maßnahmen an den Forderungen des Pariser Abkommens ausgerichtet sind. Das Gesetz hat sicherzustellen, dass die bereits vereinbarten Reduktionsziele eingehalten werden und dass das Ziel der Klimaneutralität in Deutschland spätestens bis 2050 vollständig erreicht wird.
- Die Region Hannover fordert, dass die Bundesregierung und die Landesregierung umfassend über den Klimawandel, seine Ursachen und Auswirkungen sowie über die Maßnahmen, welche gegen den Klimawandel ergriffen werden, informieren.

[1] Die Begriffe «Climate Emergency» resp. «Klimanotstand» sind symbolisch zu verstehen und sollen keine juristische Grundlage für die Ableitung von Notstandsmaßnahmen sein.

Zu Punkt 2:

Mit der Beschlussdrucksache „Fortschreibung des Klimaschutzkonzeptes für die Verwaltung der Region Hannover“ 2297 (V) vom 23. Mai 2019 möchte die Regionsverwaltung das Klimaschutzkonzept neu strukturieren und grundsätzlich überarbeiten. Dieser Überarbeitung werden die Ziele und Forderungen des Climate Emergency zugrunde gelegt. Entscheidungen, welche zu einer Abschwächung des Klimawandels führen, werden prioritär behandelt.

Zu Punkt 3:

Der Statusbericht zum Klimaschutzkonzept ist alle zwei Jahre vorzulegen. Er ermöglicht ein Controlling der Klimaschutzmaßnahmen der Regionsverwaltung. Der letzte Statusbericht ist 2015 erschienen. Dabei wäre sogar ein Controlling in kürzeren Zeitabständen nötig (insbesondere auch des CO₂-Reduktionspfades), denn die Region Hannover wird ihre Klimaziele für 2020 verfehlen. Um an die großen Themen und Verursacher ranzukommen, muss konkretisiert werden, wie effizient Maßnahmen sind und wo die Potentiale liegen. Dieser Sachstand zu den laufenden Maßnahmen muss den politischen Gremien als Entscheidungsgrundlage vorgelegt werden.

Mit freundlichen Grüßen

Sinja Münzberg
(stellv. Fraktionsvorsitzende Bündnis 90/Grüne)